

Knut Krusewitz

Das Trugbild

vom »demokratischen Frieden«

- oder: Zur Realdialektik von Frieden und Kriege

In den Mitgliedsstaaten der Nordatlantischen Allianz (NATO) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Europäischen Union (EU) macht seit Ende des Kalten Krieges die Rede vom »demokratischen Frieden« eine beachtliche wissenschaftliche und mediale Karriere. Die meisten Interpreten erklären ihren Erfolg mit den normativen, rationalen und institutionellen Stärken demokratisch verfasster Gesellschaften:

- In Demokratien stellten Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die friedliche Lösung von Konflikten »hohe und weitgehend internalisierte Werte dar, die auf die internationalen Beziehungen übertragen werden«;

- demokratische Gesellschaften vermieden Kriege, da sie »das Verlustrisiko für ihr Leben und ihren Besitzstand« steigern, und »Zerstörungen immense Folgekosten für die Gemeinschaft nach sich ziehen«;

- solche normativen und materiellen Interessen würden durch demokratische Institutionen gesichert, weil sie es ermöglichten, kollektive Friedensinteressen »politisch auch gegen Partikularinteressen durchzusetzen.« Dadurch käme ihnen »eine friedensfördernde Funktion zu«. Sie behinderten oder verlangsamten »die Vorbereitung eines Krieges beziehungsweise die Entscheidung zum Krieg unter anderem durch die Transparenzpflichten der Exekutive, die Gewaltenteilung und die Pressefreiheit.«¹⁾

Und weil Demokratien dauerhaft friedensfähig seien, könne die »Gewalt in der Welt« nur von denjenigen ausgehen, »die mit Intoleranz, Fundamentalismus, brutalem Machtstreben die der Demokratie zugrunde liegenden Prinzipien verletzen.« Dies Credo bestimmt »weitgehend unser Alltagsdenken über Krieg und Frieden sowie in weiten Zügen unsere Außen-, Sicherheits-, und Entwicklungspolitik. Es kritisch hinterfragen zu wollen, mag manchem wie eine Ketzerei erscheinen.«²⁾

Das tatsächliche Friedensverhalten europäischer und nordamerikanischer Demokratien könnte der Ketzerei allerdings scharenweise neue Anhänger zutreiben, allemal umwelt- und wirtschaftswissenschaftlich argumentierende.

Aus dieser disziplinären Sicht formuliere ich zunächst sechs Thesen, die ich anschließend, wenn nötig, ausführlicher begründe.

These 1: Es waren »friedliche« Demokratien, die allein im Zeitraum zwischen 1991 und 2003 ohne Selbstverteidigungsgrund bereits sieben Mal Krieg geführt haben: Gegen Irak 1991 (Golfkrieg), in Somalia 1993, in Bosnien 1994/95, im Irak 1998 (Operation »Desert Fox«), gegen Jugoslawien 1999, gegen Afghanistan 2001 und gegen Irak 2003. Das ist ein beachtlicher Widerspruch zum vorherrschenden Selbstverständnis³⁾, ein Urteil, das unmittelbar einleuchten dürfte.

These 2: Wer das Modell des »demokratischen Friedens« ausschließlich normativ, materiell und institutionell begründet, erkennt weder seine Beziehung zum frühbürgerlichen »liberalen Frieden« noch seine weltgesellschaftlichen und biosphärischen Konsequenzen. Leider begehen auch herausragende Kritiker des Modells⁴⁾ diese folgenschweren Fehler. Über Gründe und Konsequenzen wird in diesem Beitrag ausführlich zu reden sein.

These 3: Der Annahme, Demokratien seien grundsätzlich friedlich, ist das militärökonomische Verständnis des Kalten Krieges immanent. Es besagt: Investitionen für Hochrüstung, Streitkräfte und Kriege beeinflussen das Wirtschaftswachstum positiv, sie stabilisieren die Konjunkturentwicklung, wirken sich günstig auf Beschäftigung, Nachfrage und Regionalentwicklung aus, forcieren den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und heben den Lebensstandard.⁵⁾ Diese Argumentation ist das Ergebnis einer militärspezifischen Unmündigkeit westlicher Demokratien, die vor vierzig Jahren einem Vorsitzenden des Streitkräfte-Ausschusses des US-Senats noch auffiel, ein Vorfall, der heute absurd erschiene: »Es gibt etwas an der Vorbereitung

1) Mölling, Christian: »Mittel und Methoden der Kriegsführung demokratischer Staaten«. In: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.): Demokratien im Krieg. AFK-Friedensschriften Bd. 31; Baden-Baden 2004; S. 204 f.; Meyers, Reinhard: »Krieg und Frieden - Zur Entwicklung von Konflikt- und Kooperationsformen im 20. Jahrhundert«. In: Wichard Woyke (Hrsg.): Krieg und Frieden. Schwalbach/Ts. 2003; S. 8-22

2) Müller, Harald: »Sind Demokratien wirklich friedlich?« In: HSFK-Standpunkte. Beiträge zum demokratischen Frieden. Heft 2/2001; S. 1

3) Müller, ebda.

4) Schweitzer, Christine/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.): Demokratie im Krieg. Baden-Baden 2004

5) kritisch: Vilmar, Fritz: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Frankfurt am Main 1973; S. 157 ff.; Hoffmann, Lutz: »Was kostet die Hoffnung auf Frieden? Einige wirtschaftliche Aspekte der Rüstung«. In: Universität Regensburg (Hrsg.): Interdisziplinäres Kolloquium: Beiträge der Wissenschaft zu Krieg und Frieden, o. O. o.J. (Regensburg 1983); S. 123-144

der Zerstörung, das die Menschen dazu bringt, unbekümmerter Geld auszugeben, als sie das tun, wenn es sich um konstruktive Zwecke handelt. Ich weiß nicht«, fuhr der damalige Senator Richard B. Russell fort, »warum das so ist; aber in einem Zeitraum von fast dreißig Jahren im Senat habe ich beobachtet, dass an dem Kauf von Waffen, mit denen man tötet, zerstört, Städte ausradiert und große Transportsysteme auslöscht, etwas dran ist, das die Menschen dazu bringt, nicht so mit dem Dollar zu rechnen, wie sie das tun, wenn sie sich mit angemessenem Wohnungsbau und der Sorge für die Gesundheit menschlicher Lebewesen befassen.« Ein »niederschmetternderes Urteil«, urteilten die einst bedeutenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Paul Baran und Paul Sweezy, »über die gesamte Gesellschaft ist kaum vorstellbar.«⁶⁾

These 4: Wer Gründe für die genannten Fehlnahmen des »demokratischen Friedens« untersucht, stößt möglicherweise auf einen brisanten Befund – die Begrenztheit des »liberalen« Friedensprojekts im 19. und des »demokratischen« im 21. Jahrhundert. Für die Annahme, dass die Funktionsbedingungen des »demokratischen Friedens« weltgesellschaftlich und weltökologisch nicht verallgemeinerbar sind, sprechen beachtliche historische, ökonomische und ökologische Daten. So findet sich in einem Weißbuch der EU-Kommission über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert (1994) die selbstkritische Erkenntnis, in der Europäischen Gemeinschaft seien während des Kalten Krieges viele politische Entscheidungen zustande gekommen, die mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung nicht mehr vereinbar seien, weshalb die EU ein »tauglicheres Wirtschaftsmodell« entwickeln müsse.

These 5: Aus der These, die Funktionsbedingungen des »demokratischen Friedens« seien weltgesellschaftlich nicht verallgemeinerbar, folgt nicht, westliche Demokratien seien friedensunfähig. Darauf verweist jedoch eine andere Feststellung. Wären die Sieger des Kalten Krieges tatsächlich friedensfähig, hätten sie den epochalen Rio-Prozesses mit seinem weltgesellschaftlichen Sustainability-Gebot genutzt, um Schritte zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung einzuleiten.⁷⁾ Bekanntlich wählten sie das Gegenprogramm. Sustainability (Nachhaltigkeit) ist der Inbegriff für das Gegenmodell einer Realität, in der bislang noch stets die Gesellschaft gewinnt, deren Eigentums- und Machtverhältnisse gewährleisten, dass der Mensch seinesgleichen ausbeuten und die Natur

am umfassendsten, rücksichtslosesten und raffiniertesten verwerten darf. Der Westen entschied sich gegen eine nachhaltigkeitsgestützte Abrüstungsplanung, obwohl mit dem Konzept des frühbürgerlichen »liberalen Friedens« eine universelle Entmilitarisierungstheorie und mit den vertragsreifen Entwürfen für allgemeine und vollständige Abrüstung der USA und der UdSSR von 1962/1963 ein faszinierendes Abrüstungskonzept vorlagen. Die sowjetisch-amerikanischen Entwürfe befürworteten »die völlige Eliminierung der militärischen Gewalt in den Händen der einzelnen Staaten«, so dass kein Staat der Welt mehr über »militärische Machtmittel verfügen« sollte, »die er gegen andere Länder einsetzen kann.«⁸⁾

These 6: Warum die Propagandisten des »demokratischen Friedens« nach der Selbstauflösung des Warschauer Vertrages (1991) daran nicht anknüpfen, lässt sich nicht nur mit ihrer nachhaltigkeits- und konversionsökonomischen Unmündigkeit erklären. Dazu kommt ihre doppelte wissenschaftliche Befangenheit. Sie sind zum einen befangen gegenüber dem »modernen militärischen Establishment«⁹⁾, das sich mit dem militärisch-industriellen Komplex eine »demokratische« Institution schuf, die nicht nur in den USA von Parteien, Parlamenten und Regierungen mit überragender Macht ausgestattet wurde.¹⁰⁾ Das militärische Establishment in den mächtigsten Demokratien beeinflusste schon während des Kalten Krieges das Tempo und die Form der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung, weshalb es nach Kriegsende alle Bemühungen um tatsächliche Abrüstungen nachgerade spierisch hintertreiben konnte.¹¹⁾

Zum ändern sind sie befangen gegenüber radikalpazifistischen Folgen einer entmilitarisierten Welt, wozu in den westlichen Demokratien die Konversion ihrer Ökonomie des Todes¹²⁾ in eine Ökonomie der Friedenskultur gehört, die wiederum eine Sustainabilisierung des Globalisierungsprozesses¹³⁾ ermöglichen würde. Als integrierende Verpflichtung für Gesellschaft, Politik, Verwaltung, Militär und Wirtschaft hätte Sustainability die Transformation wachstums-, profit- und gewaltorientierter Arbeitsgesellschaften in nachhaltige Wirtschaftsgesellschaften zur Folge, die, weil sie

6) Baran, Paul A./Paul M. Sweezy: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; Frankfurt am Main 1967; S. 205
7) Krusewitz, Knut: »Umweltfolgen permanenter Kriegsbereitschaft – Beziehungen zwischen militärökologischen Zyklen, Kriegsvölkerrecht und Sustainability«. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Konturen einer militärischen Globalisierung. Münster 2004; S. 133 f.

8) Vereinigung Deutscher Wissenschaftler: Die amerikanischen und sowjetischen Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung und die Atomsperrverträge bis 1967. Göttingen 1967; S. 32
9) Galbraith, John Kenneth: Die Herrschaft der Bankrotteure. Der wirtschaftliche Niedergang Amerikas. Hamburg 1992; S. 164
10) Eisenhower, Dwight D.: »Military-Industrial Complex Speech«. In: ders.: Public Papers of the President. Washington 1960; S. 1035-1040
11) Krysmanski, Hans Jürgen: Hirten und Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research. Mit einem Beitrag von Rainer Rilling. Münster 2004; S. 99 f.; S. 143
12) Barnet, Richard J.: Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes. Mit einem Beitrag von Claus Grossner. Reinbek 1971
13) Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1994: Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart 1994 Wehler, 2001, S. 106

nur noch qualitativ wüchsen, tatsächlich friedensfähig werden könnten.

Gewiss, mit solchen Einwänden ist das Credo, wonach nur die Demokratisierung der Weltgesellschaft eine erfolgversprechende Friedensstrategie sei, wegen der Dominanz des militärisch-industriellen Komplexes in demokratischen Gesellschaften und der Dominanz des Kapitalismus im Weltsystem nicht zu erschüttern.

Dennoch wollen wir den Entstehungszusammenhang des »demokratischen Friedens«, seine Funktionsbedingungen und seine weltgesellschaftlichen Konsequenzen genauer durchleuchten, weil die Realdialektik von Frieden und Krieg kaum anders darstellbar wäre.

■ Zur Dialektik von Frieden und Krieg

Von der liberalen zur imperialistischen Friedensordnung

Beginnen möchte ich den empirischen Teil mit der Fragestellung, wann die Programmatik vom »liberalen Frieden« entstand, wie sie begründet wurde, an wen sie sich richtete und warum sie obsolet wurde.

■ Das frühbürgerliche Ideal vom »liberalen Frieden«

Die Behauptung, Demokratien seien friedfertiger als andere Regime, geht in Europa zurück auf die politischen und ökonomischen Verheißungen des frühbürgerlichen Nationalliberalismus. Diese politische Bewegung war das Ergebnis zweier Revolutionen: Der französischen Revolution, die das Ancien Régime stürzte und der industriellen Revolution, die den feudal-bornierten Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur überwand. Beide bewirkten zusammen mit der französischen Aufklärung und der englischen liberalen Nationalökonomie den epochalen Wandel von der feudalen Agrar- zur kapitalistischen Industriegesellschaft. Ihre vielschichtigen sozialen, ökonomischen, rechtlichen und politischen Folgeerscheinungen brachten auch ein neues friedenspolitisches Denken hervor. Die politische »Utopie des aufsteigenden Nationalismus« gründete auf dem Versprechen, »nach der Beseitigung der bisher dominierenden Konfliktursachen – des monarchischen Ehrgeizes, der das Ansehen der Dynastie und des Fürstenstaates immer wieder mit dem Mittel des Krieges steigern wollte, überhaupt des kompetitiven aristokratischen Rivalitätsdenkens –, die im Prinzip friedliche Welt der bürgerlichen Nationsgenossen heraufzuführen.« Und ihrem »Interessenausgleich im Inneren entspreche«, so die Folgerung, »geradezu natürlich die friedliche Koexistenz aller Nationalstaaten, denen die Unruhefelder des fürstlichen Kräftemessens ganz und gar abgingen.«¹⁴⁾

Gleichsam »verwissenschaftlicht« wurde die politische Vision einer »liberalen Friedensordnung« durch die klassische bürgerliche Ökonomie. Ihre Urheber, namentlich Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill, wollten erklären, warum die bürgerliche Gesellschaft sich von den vorangegangenen feudalen und theokratischen Gesellschaften wesentlich unterschied: Sie sei die erste, die Macht nun ökonomisch ausüben könne, weshalb physische und militärische Gewaltanwendung dauerhaft verzichtbar seien. Eine entsprechende Begründung von Mill lautete: »Es war vergeblich, Gefühle der Brüderlichkeit unter den Menschen nur durch moralischen Einfluss zur Geltung zu bringen, so lange nicht zugleich das Bewusstsein der Gemeinschaftlichkeit der Interessen begründet werden konnte; und dieses Bewusstsein verdankt man dem Handel. Der Handel ist es, welcher rüstig zu Werke geht, um Kriegführung in Vergessenheit zu bringen, indem er die versöhnlichen Interessen, welche in natürlicher Opposition gegen den Krieg stehen, mehr und mehr stärkt und vervielfältigt. Und weil aller Wahrscheinlichkeit nach Krieg jetzt das alleinige Ereignis ist, welches das Fortschreiten der menschlichen Entwicklung für längere Zeit wieder zurückdrängen könnte, so darf man ohne Übertreibung behaupten, dass die große und rasche Zunahme des internationalen Handels, indem sie die hauptsächliche Garantie des Weltfriedens ist, zugleich die große dauerhafte Sicherheit gewährt für das ununterbrochene Fortschreiten der Ideen, Staatseinrichtungen und des Charakters des Menschengeschlechts.«¹⁵⁾

Krieg bewerteten die englischen Klassiker als Ergebnis nicht funktionierender und durch staatlichen Dirigismus gelenkter Marktbeziehungen, Frieden dagegen als notwendige Konsequenz des Freihandels mit seinen wachsenden Warenmengen und zunehmenden Finanzströmen. Jede militärische Variante der Machtpolitik kritisierten sie als zu kostenträchtig, Rüstung und Streitkräfte als unproduktiv. »So sind z.B. der Monarch und alle seine Civil- und Militärbeamten mit der ganzen Armee und Flotte, unproduktive Arbeiter. Sie sind die Diener des Volkes und empfangen ihren Unterhalt durch einen Teil vom Jahresprodukt des Fleißes anderer Leute.«¹⁶⁾ Und noch Mitte des 19. Jahrhunderts machten liberale süddeutsche Ökonomen »Rüstungsausgaben für die Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen verantwortlich.«¹⁷⁾

Dauerhaft friedliche Verhältnisse würden sich einstellen, wenn rationale, technokratische Indu-

14) Mill, John Stuart: Grundsätze der politischen Ökonomie nebst einigen Anwendungen auf die Gesellschaftswissenschaft. Bd. 2, Hamburg 1852; S. 35

15) Smith, Adam: Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes. Bd. II, 2. durchgesehene und verbesserte Aufl., Berlin 1906 (zuerst 1775/1776); S. 78

16) Pribram, Karl: Geschichte des ökonomischen Denkens. Bd. I+II, Frankfurt am Main 1992; Bd. I, S. 390

17) Mann, Michael: Geschichte der Macht. Bd. 3, Teil II, Frankfurt - New York 1998; S. 153 f.

strielle und Bankiers regierten, Profit an die Stelle von kolonialer Ausplünderung trete, Mehrwert fortan durch rein ökonomische Mittel erzielt würde, Markt und Arbeitsteilung sich selbst regulierten, sobald sie erst einmal Wirklichkeit geworden seien. Macht hatte außerdem eine internationale Dimension, weil Europa sich transnational industrialisierte. Als Ergebnis würde es sich zwangsläufig zum Zentrum »einer Weltwirtschaft und Weltgesellschaft« entwickeln, die dem Krieg seine wesentlichen Ursachen entzogen habe.¹⁸⁾

Die historische Bedeutung der Annahmen über die Funktionsbedingungen des »liberalen Friedens« besteht in der rational-aufklärerischen Analyse von Frieden und Krieg. Sie unterstellte Kriegsursachen nicht mehr als naturwüchsig oder schicksalsverordnet und wies Frieden als planbar nach. Dadurch ebnete sie den Weg für alle späteren wissenschaftlichen Arbeiten über Kriegsgründe und Friedensbedingungen.

Das Bürgertum wurde imperialistisch, weshalb es die Funktionsbedingungen einer »liberalen Friedensordnung« zerstörte

Die sympathische bürgerliche Friedensmission scheiterte gegen Ende des 19. Jahrhunderts am Bürgertum selber. Sein liberales Nationalstaats-Konzept erwies sich als unfähig, »Probleme des innergesellschaftlichen und außenpolitischen Friedens befriedigend lösen zu können.«¹⁹⁾ Dafür waren mehrere Gründe verantwortlich.

1. England verlor durch die industriellen Revolutionen in mehreren Staaten sein Monopol auf dem Weltmarkt, weshalb an die Stelle des Freihandels ein System protektionistischer, erbittert rivalisierenden Nationalwirtschaften trat.

2. Die Krisenhaftigkeit des Laissez-Faire-Kapitalismus, die dieser Ökonomie wegen ihrer Eigentums-, Verteilungs-, Verwertungs- und Konkurrenzbedingungen immanent war -, verursachte 1857 die erste Weltwirtschaftskrise, 1873 die zweite, der eine zwanzigjährige »Große Depression« folgte. »In dieser Phase vollzogen sich im Innern der kapitalistischen Gesellschaften einschneidende Veränderungen. Der Aufstieg mächtiger, politisch einflussreicher Interessenverbände, die Ablösung der freien Konkurrenz durch einen raschen Konzentrationsprozess im Industrie- und Bankwesen, die Abschottung des Binnenmarkts hinter wachsenden Schutzzollmauern und eine vom Bürgertum gestützte Repressionspolitik gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung bewirkten die Abkehr von einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.«²⁰⁾

3. Die erste ökonomische Strukturkrise in den entwickelten Industriegesellschaften konnte nach vorherrschender Auffassung nur durch expansio-

nistische Strategien überwunden werden. »Dank der systemimmanenten Tendenz zum Ausbau von Überkapazitäten wurde die Notwendigkeit, neue Märkte auch in Übersee suchen zu müssen, ohnehin als gebieterisch empfunden, vor allem aber schien nur der Export ein Hilfsmittel gegen die wiederkehrenden Depressionen, die Gesellschaft und Politik in Mitleidenschaft zogen, zu bieten. Da zugleich die Suche nach Investitionschancen und der Fall der Profitrate mächtige Finanzgruppen auf die Außenmärkte verwiesen, entwickelte sich unter dem Zwang des Waren- und Kapitalexports, aber auch der Erhaltung überkommener gesellschaftlicher Machtstrukturen und Einkommensverhältnisse ein forciertes, zunehmend von der Staatsgewalt unterstützter Wettbewerb um Einflussphären und geschützte Kolonialmärkte.«²¹⁾ In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde das europäische und nordamerikanische Bürgertum imperialistisch.

Imperialismus »ist Kampf gegen die Arbeiter im Heimatstaat und gegen die Eingeborenen in den Kolonien; ist die Welt der Monopole, des Bankkapitals, der Trusts, die sich auf den Rest der Menschheit werfen; ist schließlich die Gesamtheit der weißen Bevölkerung, die durch diese Kräfte in Gang gesetzt wird. Angeregt durch Überfluss an industriellen Gütern und Armut an Rohstoffen in den europäischen Ländern, jagt der Imperialismus diese Länder in eine Reihe von Abenteuern.«²²⁾ Auf diese Weise verwandelte sich der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Großunternehmen um Außenmärkte rasch in einen Machtkampf der imperialistischen Länder untereinander, was wiederum die internationalen Spannungen erhöhte und »sie bis zur Gefahr eines Kriegs«²³⁾ steigerte.

Der frühere US-Außenminister R. Olney reflektierte solche Zusammenhänge 1905 rückblickend aus amerikanischer Sicht. Danach war der Übergang der USA zum Imperialismus unvermeidbar. Denn das amerikanische Volk »hatte einzusehen begonnen, dass seine industrielle und kommerzielle Entwicklung durch die begrenzte Nachfrage des Binnenmarktes nicht eingengt werden durfte, sondern freien Zugang zu allen Märkten brauchte.

Um diesen Zugang sicherzustellen, musste die Nation nicht nur gewaltige Bedürfnisse und ein ungeheures latentes Potential, sondern auch furchterregende Machtmittel besitzen, um ihren Willen sofort mit Nachdruck verfolgen und durchsetzen zu können.«²⁴⁾

21) Wehler, a.a.O., S. 108

22) Hallgarten, George W. F.: Das Schicksal des Imperialismus im 20. Jahrhundert. Drei Abhandlungen über Kriegsursachen. Frankfurt am Main 1969; S. 8

23) Wehler, Hans-Ulrich: »Einleitung« zu: ders. (Hrsg.): Imperialismus. Köln 1970; S. 19

24) Olney, R.: »The Nation's Parting of the Ways«. In: Harvard Graduate's Magazine, Vol. 13, 1904/05; S. 48 ff.; zit. Nach: Wehler, Hans-Ulrich: Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865-1900. 2., bibliographisch ergänzte Auflage, Göttingen 1987; S. 272

18) Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen. München 2001; S. 106

19) Wehler, a.a.O., S. 107

20) Wehler, ebda.

Aufbau und Entwicklung »furchterregender Machtmittel« erzwangen neue Formen der Militär-, Rüstungs- und Kriegsplanung. Dabei »spielten die nationalen Kriegsflotten [...] eine immer größere Rolle, denn ihre Aufgabe war es, die Seewege in die Kolonialgebiete zu kontrollieren und zu sichern. Besonders wichtig war die Kriegsflotte für Großbritannien, für das der Zugang zu den überseeischen Territorien eine Frage der nationalen Sicherheit wurde.«²⁵⁾ Dies erklärt, warum ausgerechnet Großbritannien, die Hochburg des internationalen Liberalismus, mit dem Aufbau einer privaten Rüstungsindustrie begann, die sich rasch zum militärisch-industriellen Komplex entwickelte²⁶⁾, den seine Profiteure in Regierungen, Parlamenten, Großindustrie und Banken schon damals auch mit konjunkturellen und arbeitsplatzschaffenden Argumenten rechtfertigten.²⁷⁾ Vorher waren, außer in den USA, Unternehmen zur Herstellung unmittelbar militärischer Bedarfsgegenstände, insbesondere von Waffen, sogenannte »Magazine«, in staatlichem Besitz.²⁸⁾ Auf diesen Bruch mit dem Fortschritts- und Reichtumskonzept der klassischen Ökonomie läst sich die militärökonomische Unmündigkeit westlicher Demokratien zurückführen.

Zu den innenpolitischen Voraussetzungen, die zu einem »in die Welt ausgreifenden Imperialismus«²⁹⁾ führten, gehörten die nationaldemokratische Organisation der führenden Mächte durch Wahlrechtsreformen und Ausbau der Parlamente. »Sie verschaffte den bürgerlichen Schichten im höheren Maße politische Handlungsfreiheit als sie bis dahin besaßen und verstärkte seine Verbindungen zu den militärischen Führungsgruppen, die für jede expansionistische Politik unentbehrlich waren.«³⁰⁾ Die sozialistischen Militärtheoretiker, namentlich Friedrich Engels und Walter Mehring, waren übrigens der Ansicht, erst die sozialistische Gesellschaft werde die Ursachen für Kriege endgültig beseitigen. In der Periode des Kapitalismus hielten sie Krieg für ein Mittel der Politik, mit dem bürgerliche und sozialistische Politiker rechnen müssten.³¹⁾

Am Ende war ein System konkurrierender industriekapitalistischer Nationen entstanden, die »insgesamt als »imperialistisches Zentrum« der

nicht-industrialisierten »Peripherie« gegenübertraten.«³²⁾ Die imperialistische Ausdehnung Europas erreichte 1914 ihren Höhepunkt. »Unter unmittelbarer Herrschaft europäischer Staaten oder mindestens in indirekter Abhängigkeit von ihnen standen vor Kriegsausbruch 55,7 Millionen Quadratkilometer und 540,8 Millionen Einwohner. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren 55 Prozent der Erdoberfläche von Europa und von Staaten, die aus europäischen Kolonien hervorgegangen sind, abhängig. Dieser Anteil stieg bis 1878 auf 67 Prozent, bis 1914 auf 84,4 Prozent.«³³⁾

■ »Demokratischer Frieden« als universelle Norm?

Der »demokratische Frieden« und seine »neuen Bedrohungen«

Ohne den Ausgang des Kalten Krieges ist die zweite Karriere »liberaler Friedensvorstellungen« – diesmal als Credo vom »demokratischer Frieden« –, kaum vorstellbar. Hatten die Kontrahenten bis 1989/1990 »die Verteidigungsbereitschaft ihrer Bürger auf die jeweiligen Wertesysteme« gestützt, dienten danach das westliche Wertesystem – Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft –, zur Begründung, es »notfalls mit militärischer Gewalt [weltweit] durchzusetzen.«³⁴⁾

Die Rechtfertigung für den militärischen Notfall mussten »neue Bedrohungen« liefern. Ihre Wahrnehmung und Verfügbarkeit geht auf Studien zurück wie den Bericht einer Expertengruppe: Beobachtungssatelliten für Europa.³⁵⁾ In diesem Bericht, den das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik bereits Mitte 1989 in Auftrag gegeben hatte, präsentierten die »Experten aus Forschung und Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, sowie Verwaltung, Parlament und Publizistik«³⁶⁾ schon wenige Tage nach Beendigung des Kalten Krieges eine verblüffend detailreiche »Bedrohungsanalyse«. »Die politischen Umwälzungen in Osteuropa und Deutschland sowie die tiefgreifenden Veränderungen im Ost-West-Verhältnis haben die Rahmenbedingungen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend gewandelt.« Große Kriege werden »noch unwahrscheinlicher als bisher. Zugleich steigt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die von Nationalismen und Autonomiebewegungen, ethnischen Rivalitäten und Irredenta ausgehen. [...] Es zeichnen sich neue Herausforderungen zum Teil globaler Natur ab, die heute

25) Hallgarten, George W. F.: Das Wetrüsten. Seine Geschichte bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main 1967; S. 22

26) McNeill, William H.: Krieg und Macht. Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute. München 1984; S. 238 ff.

27) Hallgarten, a.a.O., S. 47 f.

28) Schröter, Alfred: »Militärwesen und Wirtschaft«. In: Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): Handbuch der Wirtschaftsgeschichte. Bd. 2, Berlin 1981; S. 718-723

29) Schieder, Theodor: Geschichte Europas 1848-1918. Staatensystem als Vormacht der Welt. Augsburg 2002; S. 251

30) Schieder, a.a.O., S. 250 f.; für das Deutsche Reich: Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus. Köln 1969; Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914. Düsseldorf 1978

31) Krusewitz, Knut: »Pazifistisches, sozialistisches und militärisches Friedensverständnis«. In: Ralph-M. Luedtke/Peter Strutynski (Hrsg.): Wege aus Krieg und Gewalt. Kassel 2003; S. 178-185

32) Hardach, Gerd: »Bürgerliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert – Wirtschaftswachstum und sozialer Wandel 1870-1970«. In: Josef Mück (Hrsg.): Die Wirtschaftsgesellschaft. Frankfurt am Main 1978; S. 180

33) Schieder, a.a.O., S. 293

34) Reeb, Hans-Joachim: »Die Rolle der Lüge in der Kriegsgeschichte. Historischer Längsschnitt und systematisierende Überlegungen«. In: Vorgänge, Jg. 43, H. 3 (Sept.) 2004; S. 58

35) Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bericht: Beobachtungssatelliten für Europa. Bonn 1990

36) Forschungsinstitut, a.a.O., S. 5

die Sicherheit Europas gefährden und derer sich eine vorausschauende Friedenspolitik annehmen muss: Umweltbedrohungen, der grenzüberschreitende Terrorismus, der weltweite Drogenhandel sowie die Verbreitung gefährlicher Technologien wie chemische und Nuklearwaffen sowie Raketentechnologie, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in unberechenbarer Weise eingesetzt werden könnten. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Partner stehen vor der Aufgabe, ihr technologisches, ökonomisches und politisches Potenzial zu nutzen, um in diesen Bereichen eine vorausschauende Friedenspolitik zu betreiben.³⁷⁾

Diesen »friedenspolitischen« Denkstil mit seinen Bedrohungstereotypen übernahmen zunächst die Verteidigungspolitischen Richtlinien³⁸⁾, und später die Europäische Sicherheitsstrategie.³⁹⁾ Übrigens war das gleiche militärische Satellitenprogramm nur zwei Jahre vorher, also noch im Kalten Krieg, von fünf europäischen Instituten in ihrem gemeinsamen Bericht »Europas Zukunft im Weltraum«⁴⁰⁾ nicht mit irgendwelchen Bedrohungen begründet worden, sondern mit der »europäischen Einigung«, der »Förderung von Spitzentechnologien«, der Überwachung von »Rüstungskontrollvereinbarungen« und mit »Europas Sicherheitsinteressen [die] nicht mit denen der Vereinigten Staaten deckungsgleich« seien.⁴¹⁾

■ »Demokratischer Frieden« als Rechtfertigung für »demokratischen Krieg«?

Trotz solchen Interessendivergenz versagten die USA später der deutsch-europäischen Waffenkammer für »vorausschauende Friedenspolitik« in der National Security Strategy 2002 nicht die gebotene Anerkennung. »The great struggles of the twentieth century between liberty and totalitarianism ended with a decisive victory for the forces of freedom – and a single sustainable model for national success: freedom, democracy, and free enterprise.«⁴²⁾ Und an anderer Stelle: »The lessons of history are clear: market economies, not command-and-control economies with the heavy hand of government, are the best way to promote prosperity and reduce poverty. Policies that further streng-

then market incentives and market institutions are relevant for all economies – industrialized countries, emerging markets, and the developing world.«⁴³⁾

Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft – damit fand die US-Administration jene trinitarische Formel für das, was der Westen inzwischen unter »demokratischem Frieden« versteht. Freiheit gilt als beste Bedingung für die Beziehungen zwischen Ländern, Demokratie als der beste Weg, das politische Leben in den einzelnen Ländern zu organisieren und freie Märkte als unentbehrlich für die Produktion von Wohlstand.⁴⁴⁾

Nun ist aber die Vorstellung, das westliche Modell eines »demokratischen Friedens« solle weltweit durchgesetzt werden, nicht nur auf dem Hintergrund des US-Imperialismus der letzten hundert Jahre nicht akzeptabel, und zwar aus mehreren Gründen.

»Historisch lässt sich zeigen, dass amerikanische Präsidenten seit 1898 kontinuierlich militärische Interventionen mit dem Ziel der Ausbreitung der Demokratie verbunden haben. Und selbst dort, wo zunächst nur nationale Sicherheitsgründe im Vordergrund standen, wurde häufig im Laufe der Kriegshandlungen das Kriegsziel geändert und ein Regimewechsel angestrebt. Grundlage für diese Politik ist die Überzeugung, dass Demokratie nicht nur ein Wert ist, der militärisch verteidigt werden muss, sondern auch ein Ideal, das offensiv verbreitet werden soll.«

Dies führt »zu einer wesentlich aktiveren Interventionspolitik, als sie während des Kalten Krieges möglich war. [...] Die sogenannten »humanitären Interventionen« der frühen neunziger Jahre verfolgten genau dieses Ziel: die Durchsetzung von Menschen- und Freiheitsrechten und damit die Ausbreitung der Grundlagen der Demokratie.«

Es ist absehbar, dass »die Berechtigung zum demokratischen Krieg« hier nicht endet. [...] Auch wenn juristisch noch umstritten ist, in welchem Maße ein Recht existiert, das Dritten – mit oder ohne UN-Mandat –, die gewaltsame Herstellung demokratischer Herrschaftsverhältnisse einräumt, deutet sich an, dass Demokratie zunehmend als eine universelle Norm verstanden wird. Demokratie wird auf diese Weise zu einem globalen, expansionistischen Projekt«⁴⁵⁾ und damit zum alternativlosen Programm für »Friedensarbeit im 21. Jahrhundert«.⁴⁶⁾

37) Forschungsinstitut, a.a.O., S. 9

38) Bundesminister der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien. Bonn, 26. November 1992; ders.: Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin, 21. Mai 2003

39) European Security Strategy: A Secure Europe in a better World. 12. Dezember 2003; Internet: www.uni.kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html

40) Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik u.a.: Europas Zukunft im Weltraum. Ein gemeinsamer Bericht europäischer Institute, Bonn 1988

41) Deutsche Gesellschaft u.a., a.a.O., S. XVII; Hagen, Regina/Jürgen Scheffran: »Europas hochfliegende Weltraumpläne mit militärischem Anstrich«. In: Frankfurter Rundschau, 9. Juli 2001; Internet: www.fr-aktuell.de/fr/160/t16001.htm; Oberansmayr, Gerald: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union. Wien 2004; S. 117-121

42) Bush, George W.: »Vorwort«, in: Regierung der Vereinigten Staaten, National Security Strategy 2002. Washington 2002; S. 1

43) National Security Strategy, 2002, S. 17

44) Maya-Ambia, Carlos: »Globalisierung der Ökonomie, Polarisierung der Macht. Dilemmata der US-amerikanischen Hegemonie«. In: Prokla; Jg. 34, H. 4 (Dezember) 2004; S. 629

45) Daase, Christopher: »Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien«. In: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter a.a.O.; S 62 f.

46) Eppler, Erhard: »Friedensarbeit im 21. Jahrhundert«. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 296, 18. Dezember 2004; S. 9

■ Dialektik von Frieden und Krieg

Vom »tauglicheren« europäischen
Wirtschaftsmodell zur EU-Strategiekultur

Die EU-Kommission hat 1994 und 2002 zwei Dokumente vorgelegt, die von beachtlicher friedenspolitischer Bedeutung sind. Im Jahre 1994, also kurz nach Ende des Kalten Krieges, legte die EU-Kommission ein Weißbuch über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert vor. Im Schlusskapitel präsentierte sie erstaunlich selbstkritische Einsichten. »Viele politische Entscheidungen [der EU] in den Bereichen Besteuerung, Subventionsvergabe, Wettbewerb, Infrastruktur, Arbeitsorganisation, Bodennutzung, Stadtplanung usw.« waren jeweils »in bestimmten konkreten Zusammenhängen oder aber aufgrund von langfristigen Erwägungen zustande gekommen, die mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung nicht mehr vereinbar sind.« In noch stärkerem Maße gelte dies für die »sektorale Politik in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft, bei denen bestimmte Entscheidungen, die in den 50er oder 60er Jahren getroffen wurden, gründlich überprüft werden müssten.«⁴⁷⁾

Deshalb hielt die Kommission den »Übergang zu einem tauglicheren Wirtschaftsmodell« für zwingend, und zwar aus sozialen, ökologischen, aber auch pazifistischen Gründen. Würden nämlich die gegebenen industriellen Produktions- und Verbrauchsmuster in Europa »auf die ganze Welt ausgedehnt, so benötigte die Erde ein Zehnfaches der derzeit verfügbaren Ressourcen.« Die »Extrapolation veranschaulicht das Ausmaß der weltweiten Verteilungskämpfe [sic!], die drohen, falls es nicht gelingt, die gegenwärtigen Trends umzukehren.«

Und die damit zusammenhängenden »Formen der Umweltschädigung bedrohen nicht bloß örtliche Ökosysteme, sondern auch das natürliche Gleichgewicht der ganzen Erde: Klima, Ozonschicht, Artenvielfalt«⁴⁸⁾, was, so wollen wir ergänzen, die Entwicklungsmöglichkeiten der Weltgesellschaft schwer beeinträchtigen dürfte.

Dies Erklärungsmodell führt, zu Ende gedacht, zu einer brisanten friedenspolitischen Erkenntnis: Das neoliberale Globalisierungsideal markt- und wachstumsbasierter europäischer und nordamerikanischer Demokratien ist nicht verallgemeinerbar, womit die Behauptung, die Demokratisierung der Weltgesellschaft sei die erfolversprechendste Friedensstrategie, am Ende ihrer Weisheit wäre.

Solche Konsequenzen aus den kritischen Einsichten der EU-Kommission wollten die Regierungen der Mitgliedstaaten aus naheliegenden Gründen nicht ziehen. Deshalb war in den nächsten Jahren vom notwendigen Wandel zu einem taugliche-

ren, d.h. nachhaltigen europäischen Wirtschaftsmodell keine Rede mehr. Mit dieser Entscheidung ersparten sich die EU-Gesellschaften dann auch den aufklärerischen Diskurs über die Verantwortung ihres untauglichen Wirtschaftsmodells für die obszöne Verteilung des Weltreichtums mit ihren verheerenden weltökologischen Folgen.

Allerdings musste sich die EU schon einige Jahre später im Vorfeld des Johannesburg World Summit on Sustainable Development (2002) erneut mit der Frage nach einem »tauglicheren« Wirtschaftsmodell beschäftigen. Zu diesem Anlass erarbeitete die EU-Kommission ein Strategiepapier, das die Etappen auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung⁴⁹⁾ beschrieb. »Since the Rio Conference in 1992, many new initiatives have emerged to address specific elements of sustainable development, but overall progress has been slow« – auch innerhalb der Europäischen Union. Deshalb verbesserte sich die soziale Lage der Weltgesellschaft nach Erkenntnis der Kommission seither kaum. »Half of the world's population lives on less than \$ 2 per day. Inequality between and within countries is increasing. In 1960, the income of the richest fifth of the world's population was 30 times larger than that of the poorest fifth: today it is 90 times larger. The richest fifth account for nearly 86% of total private consumption. About one billion women and men are unemployed, under-employed or working poor, 250 million children are working world-wide, and some 80% of the working age population do not have access to basic social protection.«⁵⁰⁾ Die Liste ließe sich verlängern: Nur »20 Prozent der Menschheit genießen inzwischen 90 Prozent der Güter; die reichsten 200 Weltbürger verfügen über ein Vermögen, das dem jährlichen Einkommen der Hälfte der Menschheit entspricht (über eine Billion US-\$), eine Milliarde Personen lebt im Wohlstand, eine Milliarde in grausamem Elend, vier Milliarden vegetieren am Existenzminimum.«⁵¹⁾

Die verheerende soziale Lage des armen Teils der Weltgesellschaft birgt schwer kalkulierbare Gefahren für den Reichen: »Humankind is increasingly aware that it shares a common and interlinked future and that conflict and injustice on the other side of the world can have direct repercussions close to home. In addition, poverty and deprivation can provide a breeding ground for discontent and anger, creating conditions in which ethnic and religious issues are easily exploited and magnified.«⁵²⁾ Der folgende Abschnitt nahm das Thema des Weißbuchs 1994 wieder auf: »Industrialised countries have important responsibilities in promoting

49) Europäische Kommission: »Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung«. In: COM [2002] 82 final, nicht im Amtsblatt veröffentlicht; Brussels, 13. Febr. 2002; S. 1 ff.

50) EU-Kommission, a.a.O., S. 10

51) Müller, Friedrich: »Einschränkung der nationalen Gestaltungsmöglichkeiten und wachsende Globalisierung«. In: Kritische Justiz, Jg. 37, H. 2 (April-Juni) 2004; S. 195 ff.

52) EU-Kommission, a.a.O., S. 4

47) Europäische Kommission: Weißbuch 1994: Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Luxemburg 1994; S. 181 f.

48) Europäische Kommission, a.a.O., S. 176

sustainability initiatives – first and foremost by putting their own house in order, and by supporting a move to sustainable production and consumption patterns [...] All their policies – internal and external – should integrate sustainable development goals and take into account global needs.«⁵³⁾

Solche Einsichten und Selbstverpflichtungen lassen sich, nach allem was wir wissen, nur durch den Übergang zu einem nachhaltigen Demokratie- und Wirtschaftsmodell verwirklichen.

Wenn das nicht geschieht, weiß sogar die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad, »ist absehbar, was kommt. Dann wird ein gewaltiger Verteilungskonflikt, ein globaler und viele regionale Verteilungskonflikte um die elementaren Ressourcen die Alternative sein. Und dieser Konflikt wird alles andere als friedlich verlaufen.«⁵⁴⁾

Unerfindlich bleibt deshalb, warum die EU das gleichzeitig im Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens der UNO⁵⁵⁾ verabschiedete Verständnis von Friedenskultur und nachhaltiger Entwicklung auf ihrem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung links liegen ließ. Die einschlägigen Passagen in dem UN-Aktionsprogramm lauten: Unter »Kultur des Friedens ist die Gesamtheit der Wertvorstellungen, Einstellungen, Traditionen, Verhaltens- und Lebensweisen zu verstehen«, die »auf der Achtung des Lebens, der Beendigung der Gewalt sowie der Förderung und Übung von Gewaltlosigkeit durch Erziehung, Dialog und Zusammenarbeit [...] beruhen.«⁵⁶⁾

Die »Entfaltung einer Kultur des Friedens« ist »untrennbar verknüpft mit der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.«⁵⁷⁾

Aktivitäten, die eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung fördern, finden sich in den Maßnahmen. Das Spektrum reicht von der »Durchführung umfassender Maßnahmen auf der Grundlage geeigneter Strategien und vereinbarter Zielwerte zur Beseitigung der Armut durch nationale und internationale Anstrengungen«, der »Verstärkung von Maßnahmen auf allen Ebenen zur Umsetzung einzelstaatlicher Strategien zur nachhaltigen Ernährungssicherung«, über die »Stärkung der einzelstaatlichen Kapazitäten für die Durchführung von Politiken und Programmen zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte innerhalb der einzelnen Staaten, unter anderem durch internationale Zusammenarbeit« bis zur »Förderung wirksamer und ausgewogener entwicklungsorientierter Dauerlösungen

für die Auslandsverschuldungs- und Schuldendienstprobleme der Entwicklungsländer, unter anderem durch Schuldenerleichterung.«⁵⁸⁾

Wenn nur Gesellschaften, die eine Kultur des Friedens entwickeln, tatsächlich friedlich werden, während jene, die Alternativen zum Wachstums- und Profitwahn ihrer besten aller ökonomischen Welten machtförmig verhindern, weiterhin ihre Kriegskultur brauchen, dann ist die strategische Debatte über die Funktionsbedingungen einer »friedlichen menschlichen, sozialen und ökonomischen Entwicklung«⁵⁹⁾ unabweisbar.

Die EU macht die Rede vom »demokratischen Frieden« unglaubwürdig

Die im Weißbuch 1994 prognostizierten Ressourcen-, Verteilungs- und Umwelttrends sowie die in der Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung begründeten Selbstverpflichtungen haben eines gemeinsam: Sie raten zu friedlichen Lösungen, die verallgemeinerbar sein müssen. Selbst die Bundesregierung gibt vor, sie verbinde globale Sicherheitsprobleme mit Nachhaltigkeits- und nicht mit Militärlösungen, »ein Verständnis, das auch der einschlägigen Philosophie der Europäischen Union zugrunde liegt.

Danach muss Sicherheit in erster Linie präventiv hergestellt werden, durch die systematische Bearbeitung der großen Konfliktursachen namentlich in den unterprivilegierten Regionen der Welt: Armut, Seuchen, Umweltzerstörung.«⁶⁰⁾ Das ist zynische Propaganda, denn tatsächlich plant die EU mit der Europäischen Sicherheitsstrategie⁶¹⁾ und dem Vertrag über eine Verfassung für Europa das Gegenteil – die Militarisierung weltgesellschaftlicher und weltökologischer Problemlösungen.

In beiden Schlüsseldokumenten strukturieren nämlich nicht etwa selbstkritische Einsichten und Selbstverpflichtungen, sondern der dumpfe Verweis auf die eigenen Machtkapazitäten den Zusammenhang von Frieden, Nachhaltigkeit und Krieg. Die EU mit ihren 25 Mitgliedsstaaten und 450 Millionen Einwohnern, liest man in der ESS, produziere zirka ein Viertel des Welt-Bruttosozialprodukts, unterhalte zwei Millionen Soldaten und finanziere 160 Milliarden Euro für Militärausgaben.⁶²⁾ »Damit ist die EU zu einer Militärmacht innerhalb der NATO aufgestiegen.«⁶³⁾ Wie jede Botschaft, die eine frohe werden soll, musste auch diese zunächst für den anschauungsbedürftigen gemeinen Menschenverstand übersetzt und anschließend medial verbreitet werden. »Die EU ist ein Koloss gemessen

53) EU-Kommission 2002, a.a.O., S. 5 f.

54) Conrad, Margit: »Vortrag anlässlich der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung Friedenssicherung und Nachhaltigkeit, Mainz 23. Sept. 2004; Internet: www.krimm.de/upload/Texte.Beiträge/Conrad; S. 1-8

55) Vereinte Nationen: »Erklärung über eine Kultur des Friedens und Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens«. In: »Resolution A/RES/53/243 der Generalversammlung vom 13. Sept. 1999

56) Vereinte Nationen, a.a.O., Artikel 1

57) Vereinte Nationen, a.a.O., Art. 3, Satz g

58) Vereinte Nationen, a.a.O., Abschnitt B/10, Abs. a-d

59) Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1999, ebda.

60) Pries, Knut: »Die Chance ist so gut wie nie«. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 282, 2. Dez. 2004; S. 6

61) ESS, a.a.O.

62) ESS, 2003

63) Göller, Josef Thomas: »Ein Ausblick auf die internationalen Probleme: Quo vadis, deutsche Außenpolitik?« In: Das Parlament, Nr. 52/53, 20. Dezember 2004; S. 1

an der Zahl ihrer Menschen, an ihrem zivilisatorischen und technischen Stand und ihrer Wirtschaftskraft. Wer so groß ist, der muss in der Welt eine Rolle spielen⁶⁴⁾, zumal eine militärische. Genau dies Ziel verfolgt die ESS mit ihrer Forderung, die EU müsse eine gemeinsame Verteidigung aufbauen, um sich auf der Basis ihrer bereits vorhandenen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kapazitäten zu befähigen, »Verantwortung für die globale Sicherheit« zu übernehmen⁶⁵⁾, militärisch vor allem.

Zu diesem Zweck werde sie erst ihre Militärstruktur zügig entwickeln, um danach europäische Kampfverbände als weltweites sicherheitspolitisches Instrumentarium einsetzen zu können.

Wer die Weltgesellschaft auf seinem Weg ins 21. Jahrhundert so betrachtet, der muss zur Umwertung der Werte schreiten. »Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. [...] Aktivitäten in Mittel- oder Südostasien können eine Bedrohung für die europäischen Länder oder ihre Bürger darstellen.«⁶⁶⁾ Das ist nicht auszuschließen, denn eine fortschreitende Verelendung dieser Region dürfte zur »Intensivierung militärischer und terroristischer Auseinandersetzungen«⁶⁷⁾ führen, eine Entwicklung, vor der Karl Georg Zinn schon vor 25 Jahren warnte.

Die Frage ist allerdings, welche »Aktivitäten« wen bedrohen. Darauf hat Konrad Raiser, von 1992 bis 2003 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, kürzlich eine beeindruckende Antwort gegeben. »Im Zentrum der Logik der ökonomischen Globalisierung steht die Verabsolutierung des Wettbewerbs im Rahmen des freien Marktes als Idealmodell wirtschaftlichen Handels.

Wettbewerb ist ein strukturierter Kampf um wirtschaftlichen Vorteil und Gewinn, ein Kräfte-messen, an dessen Ende der kapitalstärkere, schnellere und erfindungsreichere Partner obsiegt. Wettbewerb folgt der Logik von Gewinn und Verlust, Sieg und Niederlage, und unregulierter Wettbewerb führt unweigerlich zur Verdrängung der schwächeren Partner. Dieselbe Logik von Macht im Sinne der Ausübung von Herrschaft der Stärkeren

über die Schwächeren ist am Werk in Situationen der Gewalt bzw. bei allen Versuchen, soziale und politische Konflikte auf gewaltsame Weise durch den Einsatz überlegener physischer oder militärischer Macht zu lösen. Konflikte werden dann nach dem Modell eines Nullsummenspiels betrachtet, in dem jeder Zugewinn an Macht für die eine Seite einen entsprechenden Machtverlust für die andere Seite zur Folge hat. [...] Gewalt kann aber kaum durch den Einsatz überlegener Machtmittel überwunden werden; damit lassen sich Gehorsam und Unterwerfung oder Kapitulation erzwingen, aber keine dauerhafte Friedensregelung erreichen. Alle Gewalt ist letztlich Ausdruck von zutiefst gestörten Beziehungen und des gleichen rein konfrontativen Verständnisses von Macht, das auch in den verschärften Formen globalen Wettbewerbs am Werk ist.«⁶⁸⁾

Weil die EU zukünftig wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen der Weltgesellschaft durch den Einsatz überlegener militärischer Macht »lösen« will, muss sie »eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.«⁶⁹⁾ Die militärische Debatte über »Strategische Kultur« beginnt zwar erst⁷⁰⁾, aber ihr Ergebnis ist umrisshaft erkennbar. Diese Grand Strategy soll der EU alle Instrumente expansionistischer Systemsicherung bereit stellen – wirtschaftliche, politische, militärische, ökologische, ideologische – und zur Erreichung des Ziels integrieren.⁷¹⁾

Das folgende Beispiel illustriert, wie Protagonisten der Strategischen Kultur sogar Belange, die sich logisch und sachlich wechselseitig ausschließen – in diesem Fall Militär- und Nachhaltigkeitsbelange –, integrieren mit der Absicht, sie der Öffentlichkeit als durchaus vereinbar erscheinen zu lassen.

Beteiligt sind eine Umweltministerin (Margit Conrad), ein General (Bernd Diepenhorst) und ein Bundesministerium (Bildung und Forschung). Ministerin und General treffen zunächst eine Feststellung, danach eine Vereinbarung. Sie stellen fest, »nachhaltige Entwicklung« gehöre für »beide Kooperationspartner zum festen Bestandteil eines umfassenden Sicherheitsbegriffs«⁷²⁾ und vereinbaren deshalb, den neuen Bereich »Friedenssicherung und Nachhaltigkeit« gemeinsam »in die Gesellschaft [zu] vermitteln.«⁷³⁾ Das Bundesbildungsministerium verbreitet daraufhin die Information, zu dieser Vermittlung wollen Militär- und Umweltbehörden »Schulen, Hochschulen, Kirchen und Unternehmen [...] sowie ein Forum zur Planung gemeinsamer Projekte« nutzen.⁷⁴⁾

64) Winter, Martin: »EU-Kampftruppen: Wehrhafte Union«. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 274, 23. November 2004; S. 3

65) ESS, a.a.O.

66) ESS, a.a.O., S. 7

67) Zinn, Karl Georg: »Die Kategorien »produktiv« und »unproduktiv« in der Ökonomie«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Beilage 17/1980 vom 26. April 1980; S. 37

68) Raiser, Konrad: »Herausforderungen für eine Kultur des Friedens«. In: EIRENE-Rundbrief Nr. IV (Herbst) 2004; S. 3

69) ESS, a.a.O., S. 9

70) Riemer, Andrea K.: »New World Order – Grand Strategies – Gesamtstrategien im 21. Jahrhundert. Eine kritische Einschätzung«. In: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Bd. 7, Wien 2004; S. 38-101; Farwick, Dieter: »Grundzüge der politischen Strategie«. In: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie; a.a.O.; S. 7-14

71) Riemer, a.a.O., S. 60

72) Conrad, a.a.O., S. 2

73) Conrad, a.a.O., S. 7

74) Bundesministerium für Bildung und Forschung: Pressemitteilung: »Bundeswehr und Umweltministerium setzen sich gemeinsam für Friedenssicherung und Nachhaltigkeit ein«; 4. Sept. 2004; Internet: www.fona.de/webEdition; S. 1

Dies Volksbildungsprojekts will die öffentliche Akzeptanz eines sicherheits-, also gewaltförmigen Nachhaltigkeitsverständnisses erreichen, und sonst nichts. Der verständnisheischende Kernsatz lautet: Militär verhindert nachhaltige Entwicklung nicht, sondern fördert sie.⁷⁵⁾

Besonders durch »nachhaltigkeitsverträgliche« Kriegsübungen europäischer und deutscher Interventionsstreitkräfte in Internationalen UNESCO-Modellregionen wie dem Biosphärenreservat Rhön.⁷⁶⁾ »Mit der Bundeswehr gibt es daher einen kompetenten und glaubwürdigen Partner, um die [...] Herausforderungen Nachhaltiger Entwicklung zu kommunizieren und anzupacken.«⁷⁷⁾ Wie wahr. Früher betrieb der glaubwürdige Militärpartner nämlich im NATO-Rahmen 30 Jahre lang das Programm Friedenssicherung und Umwelt. Es endete bekanntlich mit der kompetent betriebenen Militarisierung der Erde und des erdnahen Weltraums.⁷⁸⁾

■ Vom »demokratischen Frieden« zur demokratischen Friedlosigkeit

Strategische Kultur wäre danach eine Doktrin, die Krieg im Frieden vorbereiten soll. Diese Bewertung der Europäische Sicherheitsstrategie stützt auch der Vertrag über eine Verfassung für Europa, den die Staats- und Regierungschefs am 17./18. Juni 2004 angenommen haben. Denn er verpflichtet alle Mitgliedstaaten zur stetigen Aufrüstung (Art. I-40,3; III-212,1), wofür das »Europäische Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten« (Art. I-40,3) die erforderlichen Bedrohungsszenarien liefern soll. Aus friedenskultureller Sicht sind sie jedoch unerheblich, weil vorhersehbar ist, dass die hegemoniale Struktur des Kapitalismus im Weltsystem für das EU-Rüstungsamt niemals einen Bedrohungstatbestand darstellen wird. Es wird auch Verteilungskonflikte tabuisieren, weil sich andernfalls die Frage stellt nach der europäischen Verantwortung für den »Zusammenhang von Verteilungsnormen, Hunger, Gewalt und Krieg, nach Sinn und Unsinn von bestimmten Produktionen und der hierfür notwendigen Arbeit«.⁷⁹⁾

Es ist das strukturkonservative Verhältnis von Kapitalismus und politisch-militärischer Macht, das die Rüstungsagentur und deren interessenbedingte Verkehrung der tatsächlichen Gefährdungsursachen hervorbringt. Dieser Strukturkonservatismus verlieh und verleiht beiden ein besonderes Maß an Beharrungskraft, die den Übergang zu einer tauglicheren europäischen Wirtschaftsmodell und einer entsprechenden Friedensordnung bisher verhinderte.

75) Conrad, a.a.O., S. 7

76) Krusewitz, Knut: »Militär gefährdet die nachhaltige Regionalentwicklung«. In: Jürgen Scheffran/Wolfgang R. Vogt (Hrsg.): Kampf um die Natur. Umweltzerstörung und die Lösung ökologischer Konflikte. Darmstadt 1998; S. 161-175

77) Conrad, ebda.

78) Krusewitz, 2004, a.a.O., S. 125-142

79) Zinn, a.a.O., S. 21 ff.

Er erklärt auch, warum die Sieger des Kalten Krieges kein Interesse an Abrüstung haben. »Over two years world military spending increased by 18 per cent in real terms, to reach \$956 billion (in current dollars) in 2003. High-income countries account for about 75 per cent of world military spending but only 16 per cent of world population. The combined military spending of these countries was slightly higher than the aggregate foreign debt of all low-income countries and 10 times higher than their combined levels of official development assistance in 2001. [...] Thus, there is a large gap between what countries are prepared to allocate for military means to provide security and maintain their global and regional power status, on the one hand, and to alleviate poverty and promote economic development, on the other.«⁸⁰⁾

Zu planen wäre das Gegenteil: »[O]ur current world is one in which military activities annually absorb an amount of economic resources corresponding to the annual income of half of the world population, while at the same time there is an enormous need for these resources to stave off poverty, hunger and preventable diseases. [...]

The overall challenges lies in how to reduce military expenditures and international arms transfers and channel the released resources into economically and socially more beneficial uses.«⁸¹⁾

Wenn 16 Prozent der Weltbevölkerung, wozu neben den USA die reichen EU-Mitgliedsstaaten zählen, rund 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben bestreiten, dann verringern sie dramatisch ihre Fähigkeit, die Kosten einer »globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung«, den verbindlichen Rahmen für eine zukünftige weltgesellschaftliche Friedenskultur, zu finanzieren.

Auf diesem Hintergrund richtet das Europäische Amt für Rüstung zukünftig seine Security Guidelines nicht an tatsächlichen Gefährdungen der Weltgesellschaft aus, sondern an den Erfordernissen imperialer Interventionsfähigkeit.⁸²⁾ Und diese Praxis wird sich solange nicht ändern, wie die kriegsrelevanten Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse auf solche undemokratischen Foren beschränkt bleiben wie den militärisch-industriellen Komplex, die NATO und das Europäische Rüstungsamt.

Es liegt folglich gar nicht im Interesse westlicher Demokratien, mit allgemeiner und vollständiger Abrüstung zu beginnen, und zwar auch dann nicht, wenn sich andere Länder dem Programm anschließen würden. Deshalb tarnt sich imperiale Hegemonialpolitik mit Blick auf Steuerzahler, Wähler und die Weltöffentlichkeit als Verteidigungserfor-

80) SIPRI Website, SIPRI Yearbook 2004, appendix 10A, table 10A.1 and table 10A.3; heruntergeladen am 11. Juni 2004

81) Sköns, Elisabeth: »Trends in Military Expenditure and Arms Transfers«. In: Internet www.unu.edu/millennium/skons; S. 16 f.

82) Zinn, Karl Georg: Der Kapitalismus und die neue Hegemonialstellung der USA. Zur Rolle von Ökonomie, Politik und Militär zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: ders.: Zukunftswissen, Hamburg 2002; S. 109 f.

dernis, greifen ihre Anwälte immer schneller immer tiefer in den Werkzeugkasten der Kriegspropaganda⁸³⁾ und Kriegslügen⁸⁴⁾.

»Wenn Kriege in der Vergangenheit begründet wurden, standen dieselben Motive zu Gebote, die auch heute überzeugend wirken: Verteidigung, Befreiung, Rechtsexekution, Friedensstiftung und allgemeines zivilisatorisches Sendungsbewusstsein gehören fest zum Repertoire. Dazu kommt die Erzeugung einer fatalistischen Grundstimmung, der Überzeugung nicht anders als so handeln zu können, zur Waffengewalt keine Alternative zu haben. [...] Ganz gleich, ob es die Öffentlichkeit der Höfe im Mittelalter, die Öffentlichkeit der versammelten Reichsstände in der Frühen Neuzeit, die Medienöffentlichkeit der Späten Neuzeit oder schließlich unsere demokratische Öffentlichkeit ist: Stets werden die höchsten moralischen und rechtlichen Normen der Zeit bemüht, um Kriege zu rechtfertigen. So ist auch nur ein Wandel, kein Fortschritt zu verzeichnen, wenn der Krieg ehemals ein Werk Gottes war und jetzt ein Akt säkularer Nächstenliebe sein soll. [...] Beide Begründungsmuster sind unserer Zeit nicht so fern wie vermutet, denn die Behauptung, Wahrheit und Moral auf der eigenen Seite zu haben, ist so wenig verschwunden wie die Bewunderung für charismatische Politiker, sofern ihre Rechtsbrüche Erfolg haben. Überwunden scheint die Begründung »Die Nation braucht es. Wie aber sieht es aus mit dem »Sicherheitsbedürfnis« und dem Wunsch nach »Befriedung« der Welt? [Sie] betreffen das Kriegsdesign unserer Zeit.«⁸⁵⁾

■ Zusammenfassung

Die Annahme, Demokratien seien grundsätzlich friedensfähig, geht in Europa zurück auf die politischen und ökonomischen Verheißungen des frühbürgerlichen Nationalliberalismus. Die politische Utopie des aufsteigenden Nationalismus gründete auf dem Versprechen, nach Überwindung des aristokratischen Rivalitätsdenkens sei eine im Prinzip friedliche Welt der bürgerlichen Nationsgenossen zu gewährleisten. Gestützt wurde sie durch die klassische bürgerliche Ökonomie. Ihre Gründer erklärten, warum Macht, wenn sie fortan ökonomisch ausgeübt würde, auf physische und militärische Gewaltanwendung verzichten könne. Jede militärische Variante der Machtpolitik kritisierten sie als zu kostenträchtig und Rüstung, Streitkräfte sowie Kriege als unproduktiv. Die historische Bedeutung der Annahmen über die Funktionsbedingungen einer »liberalen Friedensordnung« bestand in ihrer rational-aufklärerischen Methode, die

Kriegsausbrüche nicht mehr als naturwüchsig, schicksalsverordnet behaupten musste und deshalb Frieden als planbar nachweisen konnte.

Die frühbürgerliche Vision eines Europas, das sich zwangsläufig friedlich entwickeln würde, scheiterte am Bürgertum selber. Zum einen erwiesen sich seine Konzepte von Nationalstaat und Freihandel als unfähig, Probleme des inneren und äußeren Friedens zu lösen; zum andern zwang die Krisenhaftigkeit des Laissez-faire-Kapitalismus zur kolonialistischen Expansion. Unter dem Zwang der Erhaltung überkommener gesellschaftlicher Machtstrukturen und Einkommensverhältnisse entwickelte sich ein forcierter, zunehmend von der Staatsgewalt unterstützter Wettbewerb um Einflussphären und geschützte Kolonialmärkte. Gleichzeitig wurde der Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Großunternehmen um Märkte ein Machtkampf der imperialistischen Länder untereinander. Die Folge waren Aufbau und Entwicklung beispielloser nationaler Kriegsführungspotenziale in Europa und den USA. Ihre Finanzierung rechtfertigten Regierungen, Parlamente, Großindustrie und Banken auch mit konjunkturellen und arbeitsplatzschaffenden Argumenten. Am Ende des »liberalen Friedens« war aus Europa kein friedliches Zentrum der Weltwirtschaft und -gesellschaft geworden, sondern ein System konkurrierender, hochgerüsteter imperialistischer Nationen. Die Rechnung für den eklatanten Bruch des herrschenden Bürgertums mit den Ökonomie- und Friedensannahmen seiner liberalen Klassiker war der Erste Weltkrieg, den allerdings vor allem das internationale Proletariat zahlen musste.

Der Ausgang des Ost-West-Konflikts verhalf »liberalen« Friedensvorstellungen in den NATO-, OECD- und EU-Staaten zu einer zweiten Karriere, diesmal als Credo vom »demokratischen Frieden«.

Dieser Programmatik waren indes folgenschwere methodische und sachliche Mängel immanent. Aus diesem Grund waren ihre Protagonisten nicht irritiert, als westliche Demokratien unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges neue Bedrohungsszenarien entwarfen, statt, gemäß den propagierten Funktionsbedingungen »demokratischen Friedens«, zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu schreiten.

Inzwischen planen nicht nur die USA, sondern auch die EU-Mitgliedsstaaten, dauerhaft in soziale, wirtschaftliche und ökologische Krisen der Weltgesellschaft, deren Rückwirkungen ihre Privilegien bedrohen könnten, mit überlegener militärischer Macht einzugreifen. Für diesen Zweck entwickelt die Europäische Union nach den USA eine Strategiekultur. Durch diese Politik verringern sie dramatisch ihre Fähigkeit, die Kosten einer weltgesellschaftlichen Friedenskultur anteilig zu finanzieren. Offenkundig erscheint es den Profiteuren des weltwirtschaftlichen Status quo nur noch »strategiekulturell« möglich, ihn zu verteidigen.

83) Morelli, A.: Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Springe 2004

84) Reeb, a.a.O., S. 56-64

85) Fath-Lihic, Nette/Manuela Sissakis: »Zusammenfassung des Beitrages von Ludolf Kuchenbuch »Kriegsbegründungen in Vergangenheit und Gegenwart« anlässlich der Konferenz »Kriegsbegründungen in der Geschichte. Strategien der Legitimierung und Legalisierung militärischer Gewalt« (Berlin 30.-31. Januar 2004): In: Humanitäres Völkerrecht, Jg. 17, Heft 2 [Mai-Juli] 2004; S. 114 f.

Weil das alles nichts mit Verteidigungserfordernissen zu tun hat, muss sich die imperiale Hegemonialpolitik mit Blick auf Steuerzahler, Wähler und Weltöffentlichkeit als Bedrohung des »demokratischen Friedens« tarnen, müssen seine Propagandisten in immer kürzeren Abständen in die Kiste der Kriegspropaganda und der Kriegslügen greifen.

Prof. Dr. Knut Krusewitz ist Mitglied der DFG-VK und war bis zu seiner Emeritierung Hochschullehrer an der TU Berlin. Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referates beim Friedensratschlag im letzten Dezember in Kassel.



Notwendige Debatte: Selbstverständnis und Aufgaben des Pazifismus

Am 24. Dezember 2004 erschien in der »Frankfurter Rundschau« ein Leserbrief des Stuttgarter Friedensforschers und -aktivisten Wolfgang Sternstein, mit dem er auf einen zuvor erschienenen Beitrag des SPD-Politikers Erhard Eppler reagierte. In seinem Leserbrief schrieb Sternstein am Schluss:

»Selbstverständlich gibt es Situationen, in denen Gewaltandrohung und Gewaltanwendung nötig ist, um Massenmord und schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Sich darum zu kümmern, ist die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik, die von ethischen Prinzipien, statt von Interessen geleitet ist. Die Aufgabe von Pazifisten usw. besteht jedoch darin, mit gewaltfreien Mitteln für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungserhalt zu kämpfen. Insofern gibt es kein Gegeneinander, aber auch kein Miteinander, wie Eppler nahe legt, sondern ein Nebeneinander von Pazifisten und Bellizisten.«

Diese Aussage ist – verständlicherweise und zu Recht – auf Kritik gestoßen. Beides macht aber auch die Notwendigkeit einer weiterführenden Debatte zu Selbstverständnis und Aufgaben des Pazifismus deutlich. Wir haben deshalb Wolfgang Sternstein gebeten, seine Position als Ausgangspunkt für eine Diskussion zu formulieren, was er unter der Überschrift »Hat der europäische Pazifismus versagt?« getan hat. Wir eröffnen die Debatte mit den Stellungnahmen von Joachim Schramm (DFG-VK), Reinhard J. Voß (pax christi), Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie) und Matthias Engelke (Versöhnungsbund) zu Wolfgang Sternsteins Papier. Die Debatte soll in der nächsten Ausgabe fortgesetzt werden. Die Leserinnen und Leser sind eingeladen, sich daran mit Beiträgen zu beteiligen (Texte mit einer maximalen Länge von 11.000 Zeichen bitte per eMail an redaktion@forum-pazifismus.de).

18

Wolfgang Sternstein Hat der europäische Pazifismus versagt?

Kritik tut weh, vor allem dann, wenn wir ihre Berechtigung nicht einsehen. Anders verhält es sich bei der Selbstkritik, sofern sie nicht von außen erzwungen wird, denn gewöhnlich erkennen wir sie als berechtigt an und bemühen uns, es künftig besser zu machen. Das Folgende möchte ich in erster Linie als Selbstkritik eines Pazifisten verstanden wissen, denn ich begann meine Laufbahn als gewaltfreier Aktivist als Kriegsdienstverweigerer.

»Nein« sagen genügt nicht

Aber schon damals – im Jahr 1961 – genügte mir das bloße Neinsagen zu Krieg und Gewalt nicht. Ich spürte instinktiv, dass die Verneinung von etwas Bestehendem von dem, was wir verneinen, abhängig bleibt. In jeder Verneinung steckt latent eine Bejahung, in jeder Bejahung latent eine Verneinung. Freud hat diese Dialektik am Beispiel der Gefühlsbeziehungen untersucht und festgestellt: In

jeder Liebesbeziehung ist eine Hassbeziehung verborgen und umgekehrt, weshalb wir uns nicht wundern sollten, wenn das eine in das andere umschlägt. Freud nannte das die »Ambivalenz der Gefühlsbeziehungen«. Das Gleiche gilt für die Beziehung zwischen Pazifisten und Bellizisten, wobei die Ersteren den Krieg entschieden ablehnen, während die Anderen ihn als letztes Mittel der Konfliktaustragung ebenso entschieden bejahen.

Ein Wort noch zur Terminologie: Ich unterscheide Militaristen und Bellizisten. Militaristen sind Menschen, für die der Krieg das erste Mittel der politischen Konfliktaustragung darstellt. Bellizisten hingegen sind Menschen, für die er das letzte Mittel ist, nachdem alle anderen Mittel versagt haben.

Beide, Pazifisten und Bellizisten, sind in dieser Beziehung wie in einem Käfig gefangen. Der Käfig hat eine Tür, die ins Freie führt. Man muss aber wissen, wie sie sich öffnen lässt. Das Zauberwort, das »Sesam öffne dich«, das sie aufschließt, heißt: Gewaltfreiheit. Anders ausgedrückt: Wir brauchen ei-